

Ideen für die Schweiz

44 Chancen, die Zukunft zu gewinnen

Herausgeber *Gerhard Schwarz und Urs Meister*

Mit Beiträgen von *Alois Bischofberger, Jérôme Cosandey, Urs Meister, Daniel Müller-Jentsch, Lukas Rühli, Marco Salvi, Markus Schar, Patrik Schellenbauer, Gerhard Schwarz und Rudolf Walser*

Mit einem Nachwort von *Ulrich Bremi*

|avenir| suisse|

NZZ Libro E-Book

Ideen für die Schweiz

44 Chancen, die Zukunft zu gewinnen

Herausgeber *Gerhard Schwarz und Urs Meister*

Mit Beiträgen von *Alois Bischofberger, Jérôme Cosandey, Urs Meister,
Daniel Müller-Jentsch, Lukas Rühli, Marco Salvi, Markus Schar,
Patrik Schellenbauer, Gerhard Schwarz und Rudolf Walser*

Mit einem Nachwort von *Ulrich Bremi*

Verlag Neue Zürcher Zeitung

l'avenir | suisse |

Ideen für die Schweiz

*44 Chancen, die Zukunft
zu gewinnen*

Gerhard Schwarz und Urs Meister
Herausgeber

Verlag Neue Zürcher Zeitung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Verlag © 2013 Avenir Suisse und Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich

Der Text des E-Books folgt der gedruckten 3. Auflage 2013 (ISBN 978-3-03823-821-8)

Herausgeber Gerhard Schwarz, Urs Meister, Avenir Suisse

Planung, Koordination Jörg Naumann, Simon Hurst, Dominique Zaugg, Avenir Suisse

Titelgestaltung Charis Arnold, www.charisarnold.ch

Korrektur n c ag, www.ncag.ch

Datenkonvertierung: CPI – Clausen & Bosse, Leck

Zitierweise Gerhard Schwarz, Urs Meister: Ideen für die Schweiz (Zürich: Avenir Suisse und Verlag Neue Zürcher Zeitung)

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben – auch bei nur auszugsweiser Verwertung – vorbehalten. Da Avenir Suisse an der Verbreitung der hier präsentierten Ideen interessiert ist, ist die Verwertung der Erkenntnisse, Daten und Grafiken dieses Werkes durch Dritte hingegen ausdrücklich erwünscht, sofern die Quelle exakt und gut sichtbar angegeben wird und die gesetzlichen Urheberrechtsbestimmungen eingehalten werden. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechts.

www.nzz-libro.ch

NZZ Libro ist ein Imprint der Neuen Zürcher Zeitung

ISBN E-Book 978-3-03823-974-1

01

Der Fluch des Erfolgs – ein Vorwort

Gerhard Schwarz

Wohin bewegt sich die Schweiz?

Kluge Politik – starke Wirtschaft

Stärken stärken – Schwächen schwächen

Die Schweiz in Europa – und in der Welt

Aufbruch im Paradies – der Titel eines unlängst erschienenen Buches beschreibt die Befindlichkeit der Schweizerinnen und Schweizer präzise. Sie geniessen den höchsten Lebensstandard, den es für die breite Bevölkerung in der Geschichte je gab. Und sie erregen sich, weil nicht alle Wohnungssuchenden in den wieder begehrten Kernstädten ein bezahlbares Angebot finden, weil unter den Pendlern in den Stosszeiten die in Tokio oder Los Angeles üblichen Zustände herrschen, weil Wirtschaftsflüchtlinge ihr Gastrecht missbrauchen oder weil Manager, die Millionen beziehen (aber nicht immer verdienen), die mit ihrer Macht und ihrem Einkommen verknüpfte Verantwortung nicht genügend wahrnehmen. Kurz: Die Menschen in aller Welt können die Schweizer um ihre Sorgen beneiden.

Die Probleme der Schweiz – die nicht verniedlicht werden sollen – haben nämlich meist mit dem Wohlstand zu tun, den sie sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts erarbeitet, und mit dem Erfolg, den sie im letzten Jahrzehnt erzielt hat. Von der günstigen Situation zeugen harte Zahlen. Selbst über die Jahre der Finanzkrise hinweg verzeichnete die Schweiz Wirtschaftswachstum sowie Überschüsse im Staatshaushalt. Sie erfüllt deshalb, während Europa unter der Schuldenkrise ächzt, als eines von wenigen Ländern die Maastricht-Kriterien. Und sie behauptet im Global Competitiveness Report

des World Economic Forum seit Jahren einen Spitzenplatz, nachdem noch vor zwanzig Jahren führende Ökonomen befürchtet hatten, sie werde «vom Sonderfall zum Sanierungsfall».

Dennoch wäre Selbstzufriedenheit fehl am Platze. Die Schweiz kam nur mit Einsatz, Umsicht, Klugheit – oder Schläue? – sowie einigem Glück so weit. Und sie bleibt letztlich Einäugiger unter Blinden. Es steht bei weitem nicht alles zum Besten. Zudem hätte es auch anders kommen können – und es kann wieder ganz anders kommen, wenn die Schweiz ihr Erbe nicht bewahrt und entwickelt, sich nicht für die Zukunft rüstet. Das ist der Hintergrund, vor dem die Beiträge in diesem Buch geschrieben wurden. Sie wollen Anstösse zur Weiterentwicklung des Erfolgsmodells Schweiz geben, oft mutig vorausschauend, aber zugleich doch meist an das Bestehende anknüpfend, wie es Walter Adolf Jöhr, einer der führenden schweizerischen Ökonomen des 20. Jahrhunderts, gefordert hat.

Wohin bewegt sich die Schweiz?

Kluge Politik – starke Wirtschaft

Dieses Buch ist also kein Prognosebuch. Wohin sich die Schweiz bewegt, kann man ohne prophetische Gaben nicht wissen. Auch der Rückgriff auf Szenarien, auf ganze Pakete zukünftiger Entwicklungen, hilft nicht weiter. Sie suggerieren nämlich so etwas wie widerspruchsfreie Zukünfte. In der Realität kommt es aber immer zu kaum vorhersehbaren Wechselwirkungen verschiedenster Trends. Daher haben wir auf die Szenariotechnik bewusst verzichtet. Hingegen beschreiben wir einleitend einige der derzeit erkennbaren globalen Megatrends, im Bewusstsein, dass sie jederzeit abbrechen oder durch neue Trends ergänzt und ersetzt werden können, dass man sie bestenfalls als grobe Muster zu erkennen vermag, dass sie auf unbekannte Weise miteinander interagieren und dass ihre einfache Fortschreibung in die Irre führen würde. Gleichzeitig haben wir auch einige kurzfristige Entwicklungen zu Rate gezogen. Beide, die grossen Trends und die Aktualitäten, vermitteln eine Ahnung dessen, was auf die Schweiz zukommen könnte, und waren Inspirationen für die hier präsentierten

Vorschläge. Grundsätzlich folgen diese aber der Überzeugung von Willy Brandt, dass die Zukunft zu gestalten die beste Art sei, die Zukunft vorherzusagen.

Gegenwärtig steht die Schweiz gemäss einer Fülle von Indikatoren im internationalen Vergleich geradezu glänzend da. Das verdankt das Land einerseits einer etwas klügeren Politik: mit der Schuldenbremse, die einen über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen Haushalt fordert, dem Steuerwettbewerb, der die Gemeinwesen zum Masshalten zwingt, einer geschickten Rollenverteilung zwischen Staat und Unternehmen in der Innovationspolitik, einem flexiblen Arbeitsmarkt und einer dualen Berufsbildung, dank denen die Arbeitslosigkeit, zumal jene der Jugendlichen, auf Tiefstständen verharrt.

Andererseits beruht der relative Erfolg der Schweiz auf einer starken Wirtschaft: Die Chemie- und Pharmaindustrie mit Flaggschiffen wie Novartis, Roche oder Syngenta steigerte ihre Exporte seit 1990 auf das Siebenfache; mit einem Anteil an den Exporten von 30% und einer Wertschöpfung von 490 000 Franken pro Kopf ist sie heute klar die wichtigste Branche. Aber auch die Uhren-, die Maschinen- und die Medizintechnikindustrie, die einerseits Spezialitäten mit höchster Wertschöpfung und andererseits dank Vollautomatisierung Massengüter zu geringen Kosten herstellen, tragen dazu bei, dass die Schweiz als einziges westliches OECD-Land seit 1990 ihren Industrieanteil halten konnte und im Ranking der Industrieproduktion pro Kopf mit Abstand an der Spitze steht, also das am stärksten industrialisierte Land der Welt bleibt. Dazu kommt der Finanzplatz, der zwar unter der Bankenkrise und der Dauerdebatte um Bankgeheimnis und Steuerabkommen leidet, aber – vom Publikum meist übersehen – in der Vermögensverwaltung, im Risikomanagement und mit Informationstechnologie weltweit anerkannte Spitzenleistungen erbringt.

Stärken stärken - Schwächen schwächen

Ihre herausragende Stellung kann die Schweiz jedoch nur halten, wenn sie sich nicht ausruht, sondern weiter Ehrgeiz beweist: Grundsätzlich muss sie, so ambitiös dies klingen mag, wirtschaftlich stets und überall etwas besser

sein – auch wenn ihr dies noch mehr Neider und Gegner einbringt. Das zwingt zu dauernder Standortpflege und zu einem unablässigen Fitnessprogramm, um günstige Bedingungen für die Aussenwirtschaft zu schaffen.

Für die kommenden Jahre sagen die Analytiker der Credit Suisse der Schweiz trotz Schuldenkrise, Wachstumsschwäche und Währungsturbulenzen in den wichtigsten Exportmärkten ein «kleines Wirtschaftswunder» voraus. Und es könnte sogar mittelfristig anhalten, wenn Bert Rürup und Dirk Heilmann (2012) zu glauben ist: In ihrem Buch «Fette Jahre» erklären sie gemäss dem Untertitel, «warum Deutschland eine glänzende Zukunft hat». Bis 2030 gehe die Globalisierung ungebremsst weiter, mit immer neuen Schwellenländern, die den Anschluss schafften. Maschinen, Elektrotechnik, Fahrzeuge und Chemie machen drei Viertel der deutschen Exporte aus, und diese vier Kategorien gehören in allen BRIC-Ländern zu den wichtigsten Importgütern. Daraus schliessen Rürup und Heilmann: «Die von Investitionsgütern dominierte Produktpalette der deutschen Industrie passt wie der Schlüssel zum Schloss zur Nachfrage der Schwellenländer.» Das gilt für Schweizer Unternehmen nicht minder. Sie gliedern sich nicht nur in die Wertschöpfungsketten der deutschen Konzerne ein, sondern stehen auch oft mit ihnen im Wettbewerb. Dazu kommen als spezifische Trümpfe der Schweiz der Rohstoffhandel, der Finanzplatz und die Produktion von Luxusgütern, für die sich Milliardenmärkte öffnen.

Doch diese ohnehin vielleicht etwas gar optimistischen Aussichten dürfen nicht zu Selbstgefälligkeit verleiten. Die Schweiz braucht wegen ihrer vielen natürlichen «Nachteile» – obwohl sich diese beim zweiten Hinsehen nicht immer als Nachteile erweisen – eine mittel- bis langfristige Reformpolitik, die Stärken stärkt und Schwächen schwächt. Das ist die Folie, auf der dieses Buch geschrieben wurde. Es ist eine Sammlung von liberalen, marktwirtschaftlichen Ideen zur Stärkung der Schweiz, ohne Anspruch darauf, alle Themenfelder abgedeckt und alle Probleme bedacht zu haben. Das Buch lanciert keine Grossprojekte à la Olympische Spiele 2022 oder Swissmetro, und es behandelt keine Sektoren wie den Finanzplatz oder die Landwirtschaft, sondern Rahmenbedingungen für alle, von den Regeln des

Wirtschaftens über die politische Organisation bis zum gesellschaftlichen Zusammenleben.

Das Buch stellt Ideen vor, die Avenir Suisse in den letzten Jahren lanciert hat, die aber noch der Verwirklichung harren, aber auch Ideen, die neu, noch nicht im Detail ausgearbeitet und bewusst provokativ sind. Darunter finden sich umfassende Vorschläge wie eine fundamentale Steuerreform ebenso wie spezifische etwa zur Raumplanung; kurzfristig umsetzbare Reformen wie mehr Wahlfreiheit bei der Anlagestrategie im Überobligatorium der beruflichen Vorsorge ebenso wie zeitlich weitreichende wie das Bildungskonto; und Innovationen, die traditionelle Stärken wie das Milizsystem oder den Steuerwettbewerb stützen, ebenso wie einige, die für die Schweiz ungewohnt sind, im Ausland aber bereits praktiziert werden, wie das Mobility Pricing.

Allen Ideen ist neben der liberalen Perspektive eines gemeinsam: Sie fallen weitestgehend in die Zuständigkeit der Schweiz, sie sind nicht gänzlich unabhängig von dem, was ringsum passiert, aber doch so angelegt, dass von der Sache her wenig Abstimmungs- und Koordinationsbedarf besteht. Sie sollen dazu dienen, das Haus Schweiz weiterhin in Ordnung zu halten, es also vorausschauend so zu gestalten, dass es in möglichst vielen Situationen seine Qualität und Stabilität behalten kann. Zugrunde liegt diesem Ansatz, wie erwähnt, die Auffassung, dass es unmöglich ist, zu wissen, was die Zukunft bringt. Nichts wäre daher verkehrter, als auf die Projektion der oben beschriebenen Trends in die Zukunft zu setzen. Gerade für eine kleine Willensnation wie die Schweiz sind Zukunftsoffenheit, Flexibilität und Risikodiversifikation besonders wichtig.

Die Schweiz in Europa - und in der Welt

Das ist auch der eine Grund, weshalb sich zur Politik gegenüber der EU kein eigenes Kapitel findet: Die EU ist zwar der wichtigste aussenpolitische Partner der Schweiz, die Rolle der Schweiz in der Welt hängt aber noch von vielen anderen Faktoren und Akteuren ab, deren Entwicklung sich ebenfalls nicht prognostizieren lässt. Der andere Grund ist, dass eine kluge

Aussenpolitik – durchaus verstanden als Interessenpolitik – letztlich eine dienende Funktion hat. Sie ist kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung dafür, dass die Schweiz Gestaltungsspielraum für jene Reformen behält, die sie im Interesse von Wohlstand und Selbstbestimmung umsetzen möchte. Eine solche kluge aussenpolitische Strategie ist nicht einfach. Die Herausforderung besteht darin, in einer Welt, in der Handelsschranken und Währungskriege drohen, einerseits dafür zu sorgen, dass die Schweizer Unternehmen günstige Bedingungen geniessen, und andererseits jene spezifischen Bürgerrechte nicht zu gefährden, die die Schweiz auszeichnen. Als Kleinstaat mit grosser Exportwirtschaft musste sich die Schweiz seit je dafür einsetzen, dass das Recht und nicht die Macht die internationalen Beziehungen prägt. Die Entwicklung scheint heute angesichts der geopolitischen Spannungen oft in eine andere Richtung zu gehen. Die Schweiz kommt mit ihrer direkten Demokratie unter Druck – aber schutzlos ist sie diesem Druck nicht ausgesetzt. Vorauseilender und willfähriger Nachvollzug von Rechtsentwicklungen im Ausland ist daher weder klug noch notwendig.

Allerdings bräuchte die Schweizer Regierung ein klares Mandat, um eine interessengeleitete Aussenpolitik betreiben zu können. Der Druck auf die Schweiz dürfte nämlich stark bleiben, ja sogar zunehmen. Mit der Renaissance der Machtpolitik in einer multipolaren Welt droht zudem die Verlagerung der wirtschaftspolitischen Entscheide von etablierten internationalen Gremien, in denen die Schweiz mitwirkt, wie IMF, Weltbank, WTO oder OECD, in solche der mächtigen Staaten wie G-8, G-20 oder European Stability Board. Dieser Verschiebung kann die Schweiz nur mit einer vorausschauenden, die eigenen Möglichkeiten realistisch einschätzenden, in der Bevölkerung verankerten Aussenpolitik begegnen. Mangelnde Abstimmung, wie sie zwischen der Aussenwirtschafts- und der Entwicklungspolitik immer wieder vorkam, kann sich die Schweiz nicht leisten. Und weder Kraftmeierei noch blindes Vertrauen auf gemeinsame Werte und vermeintliche Freunde sind verlässliche Grundlagen für eine zielführende Aussenpolitik.

Angesichts der aktuellen Probleme in der EU, der defizitären Staatshaushalte, der strukturellen Ungleichgewichte und der Währungsprobleme, aber vielleicht noch mehr angesichts der gigantischen Instrumente, mit denen diese Probleme bekämpft werden, wäre es derzeit absurd, einen EU-Beitritt anzusteuern. Und weil die Krankheit und ihre Remedur wohl noch eine Weile dauern werden, empfiehlt sich auch auf mittlere Frist keine völlige Abkehr vom bilateralen Weg. Er ist sowohl für die Schweiz als auch für die EU eine Erfolgsgeschichte: ein «Rosinenpicken auf Gegenseitigkeit», wie es der Journalist Jörg Thalmann einmal ausdrückte. Gerade deshalb sollte er aber einerseits nicht überfrachtet werden, denn immer neue Anliegen in die bilateralen Verträge integrieren zu wollen, würde der Glaubwürdigkeit der Schweiz schaden und sie zunehmend zum Bittsteller machen. Und andererseits sollte kluge Aussenpolitik immer auch die Lage des Partners realistisch einschätzen und seine Interessen berücksichtigen; deshalb sollte sich die Schweiz offen zeigen für einen institutionellen Rahmen, der es ihr erlaubt, eine Semi-Autonomie zu wahren, und der gleichzeitig verhindert, dass sie für die EU zu sehr zu einem lästigen Pfahl im Fleisch wird. Die Vorstellung von der Schweiz als kleinem gallischem Dorf im Imperium Europaeum hat ohne Zweifel ihren Reiz. Aber mit Blick auf ein gedeihliches Zusammenleben sollte man das Modell nicht übertreiben, sonst kippt sein Charme leicht ins Unsympathische.

Vor allem aber sollte die Schweiz, trotz ihrer Lage inmitten Europas, für die ganze Welt offen bleiben – nicht nur angesichts der europäischen Turbulenzen, aber angesichts dieser Entwicklungen erst recht. Deshalb ist der Ausbau des Netzes von Freihandelsabkommen mit hoher Priorität voranzutreiben: Nur so lassen sich die Chancen nutzen, die der Aufstieg von Ländern in Asien, Afrika und Lateinamerika bietet. Und nur so kann die Schweiz ihren Platz als kleines, wohlhabendes, freiheitsliebendes und – vor allem – von den Bürgerinnen und Bürgern gestaltetes Land in einer immer komplexeren Welt finden und sichern.

02

Grosse Trends, grosse Herausforderungen, grosse Chancen

Markus Schär und Gerhard Schwarz

Die Welt ist flach

Kein Ende der Geschichte

Totengräber des Systems

Die Explosion der Optionen

Apokalypse oder Paradies?

Die Welt ist flach

Das «Ende der Geschichte», das Francis Fukuyama 1992 ausrief, hätte die Verschweizerung der Welt bedeutet: den friedlichen, blühenden Staat mit demokratischer Verfassung und liberaler Wirtschaftsordnung als Normalfall. Statt dieses «Endzustands» erlebte die Welt aber eine Beschleunigung der Geschichte, wie es sie kaum je zuvor gegeben hat. Und dieser Umbruch erfasste auch die vermeintlich unbeteiligte Schweiz, ja er erschütterte sie geradezu, weil sie ihren Platz auf dem Globus neu suchen musste. Die Eidgenossenschaft hatte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs von ihrer neutralen Stellung zwischen den Fronten profitiert, unter dem Schutzschirm der USA und mit Genf als «Hauptstadt der Welt». Jene Kräfte, die die Revolutionen von 1989 entfesselten, wühlten aber auch die Schweiz auf, vielleicht ohne dass sie sich dessen bewusst wurde – und sie werden das Land weiter umtreiben.

Der Untergang des Kommunismus à la Marx und Engels löste – als Ironie der Geschichte – den Siegeszug der Globalisierung aus, den die beiden Vordenker im «Kommunistischen Manifest» von 1848 so wortmächtig beschworen hatten. Der Welthandel, gefördert durch das Regelwerk der World Trade Organization (WTO), erreichte wieder das Niveau vom Beginn des 20. Jahrhunderts, bevor der Erste Weltkrieg dem Goldstandard und dem British Empire ein Ende setzte und in die Grosse Depression mündete. Seit der Jahrtausendwende ist der globale Handel, trotz des Einschnitts 2008/09, um 70% auf 18 Billionen Dollar gewachsen. Die Grundlagen dafür legte der Durchbruch des Finanzkapitalismus ab den 1980er-Jahren und dann die weltweite Verbreitung des Internets seit den 1990er-Jahren. Überall setzte sich der «Washingtoner Konsens» durch, jene von staatsgläubigen Kreisen kritisierte Politik von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IMF), die schlecht geführten Staaten mit Nachdruck die Liberalisierung des Handels und die Deregulierung der Märkte empfahl.

Als wichtige Kraft in dieser Entwicklung erwies sich die Volksrepublik China. Deng Xiaoping gab ab 1979 den Bauern gewisse Eigentumsrechte an ihrem Land, und er liess im Süden des Reiches Sonderwirtschaftszonen mit kapitalistischen Regeln einrichten. Innert kürzester Zeit entwickelte sich China so zur Werkbank der Welt, und seit der Jahrtausendwende entstand, was Niall Ferguson und Moritz Schularick (2007) «Chimerika» nannten: eine Symbiose, in der die Chinesen produzierten und die Amerikaner konsumierten, mit Geld, das ihnen die chinesische Nationalbank lieh. Die Europäer lieferten in dieser neuen Weltwirtschaftsordnung die Investitionsgüter, mit denen die Chinesen die Waren für die Amerikaner herstellten. Vor allem Deutschland, um die Jahrtausendwende noch «als kranker Mann Europas» apostrophiert, erlebte nach den Reformen der «Agenda 2010» von SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder dank Exportboom und Einführung des Euro einen ungeahnten Aufschwung. Die Schweiz profitierte davon. Der Aussenkurs der Einheitswährung erwies sich für die deutsche Wirtschaft allerdings rasch als zu niedrig, während er für den Süden zu hoch war und zum Verlust der Wettbewerbsfähigkeit führte.

Nicht nur China mit seinen 1,3 Milliarden Menschen forderte einen Platz in der Weltwirtschaft. Zu Stützen wuchsen die Staaten mit dem Akronym BRIC heran, das der Goldman-Sachs-Chefökonom Jim O'Neill 2001 erfand, also Brasilien, Russland und Indien neben China. Mit 40% der Weltbevölkerung, rund 3 Milliarden Menschen, erzeugen diese vier Staaten mehr als ein Viertel der globalen Wirtschaftsleistung. Und mit einem jährlichen Wachstum zwischen 5 und 10% dürften sie die alten Industrienationen in der G8-Gruppe bis 2050 überflügeln. Zudem stossen weitere schnell wachsende Schwellenländer dazu, wie Südafrika, Indonesien, Mexiko oder die Türkei. So sind wir nicht mehr weit entfernt von dem, was Thomas L. Friedman die «flache Welt» nennt: einem globalen Markt als ebenem Spielfeld ohne Zentrum, auf dem dank grenzenlosen Kommunikationsmöglichkeiten alle mit allen Geschäfte treiben. Die Bourgeoisie – um nochmals Marx und Engels zu zitieren – riss also mittels der Globalisierung auch die «barbarischsten» Nationen in die Zivilisation.

Kein Ende der Geschichte

Der wirtschaftliche Erfolg Europas und Nordamerikas hat die Überlegenheit jener «Killer Apps» bewiesen, die Niall Ferguson (2011) in seinem Buch «Civilization: The West and the Rest» beschreibt. Die überwiegende Mehrheit der 7 Milliarden Menschen, vor allem auch der Armen, will Privateigentum, Technologie und Medizin wie im reichen Westen, besonders Konsum, vom Big Mac über Jeans bis zum iPhone. In vielen Staaten und Regionen geht der Einbezug in die Weltwirtschaft allerdings nicht mehr, wie vor 250 Jahren in der europäischen Aufklärung, mit der Entwicklung von Individualismus und Demokratie einher, also mit der Durchsetzung der Menschenrechte: Autoritäre Regime schränken sie ein, fundamentalistische Zeloten lehnen sie gar gänzlich ab. Dass von einem «Ende der Geschichte» keine Rede sein kann, wurde am 11. September 2001 klar: Mit dem Angriff von Al-Kaida auf Amerika zeigte sich erstmals seit dem Zerfall des Sowjetblocks wieder ein erklärter Feind der liberalen Welt. Und die Sympathie für Osama bin Laden im arabischen Raum und in anderen

islamischen Regionen deckte auf, welche Ressentiments gegen den dominierenden Westen sich in diesen Ländern mit ihrer explosiven Bevölkerungssituation aufgestaut haben, aus Frustration darüber, dass die islamische Welt ein halbes Jahrtausend lang an vielen Entwicklungen nicht teilhatte, weil sie sich dem aufklärerischen Fortschritt verweigerte. Seit 2001 führten die USA, unterstützt von einigen anderen NATO-Staaten, wieder Krieg, in Afghanistan und im Irak. Sie vertraten dabei ihre politischen Ideale, also Freiheit, Gleichberechtigung und Teilhabe am demokratischen Staat, aber auch ihre ökonomischen Interessen. Und sie erreichten wenig, ja bewirkten teils sogar eine Radikalisierung. Immer mehr islamische Staaten, allen voran das mächtige Iran, kämpfen gegen den westlichen Anspruch auf Universalität der Menschenrechte. In den Ländern in Nordafrika und im Nahen Osten, die 2011 einen «Arabischen Frühling» erlebten, dürfte noch mehrmals der Winter einbrechen, bevor allenfalls die Freiheit dauerhaft blühen wird; in einigen Ländern droht gar der Rückfall in den Despotismus durch die Machtübernahme von Islamisten. Und in «Eurabia», der wachsenden islamischen Diaspora vor allem in Frankreich, Grossbritannien und den Niederlanden, ist zu befürchten, dass Junge ohne Perspektive sich zum fundamentalistischen Kampf gegen Staat und Gesellschaft der Ungläubigen verführen lassen.

Trotzdem kann der Islamismus die liberalen Länder kaum in ihren Grundfesten bedrohen: Es fehlt ihm die Kraft, plausibel zu machen, dass ihm die Zukunft gehört. Er vermag vielleicht Zugehörigkeit zu vermitteln, aber er bietet in seiner antiaufklärerischen Rückwärtsorientierung keine Alternative zur liberalen Ordnung. Eine ernstere Herausforderung für die westlichen Demokratien dürfte die Tatsache darstellen, dass einige asiatische Staaten, allen voran China, zwar ihre Wirtschaft erfolgreich nach (staats-)kapitalistischen Regeln betreiben, aber ihren Bürgern politische Rechte verweigern, sie bevormunden oder zumindest in ihrem Alltagsleben überwachen. Angesichts ihres Siegeszugs können die Chinesen gegenüber den Schuldnern aus den USA und den Bittstellern aus der EU auf die Erfolge ihres Systems verweisen. Daher erliegen nicht wenige Menschen im Westen der Verlockung der «autoritären Technokratie», wie sie Ian Buruma nennt.

Zumal Unternehmer, Manager und Politiker lassen gelegentlich einige Sympathie für dieses Ordnungsmodell mit seiner vermeintlichen Berechenbarkeit und Stabilität erkennen. Und seine Attraktivität dürfte weiter zunehmen, je deutlicher sich die Schwächen des Modells des westlichen Wohlfahrtsstaates zeigen.

Totengräber des Systems

Der Wohlstand, wie er in den letzten Jahrzehnten aufgebaut worden ist, und die liberale Ordnung, auf der er beruht, werden allerdings weniger durch die Gegner von aussen gefährdet als durch die Totengräber im System, die einst Hugo Sieber machtvoll geisselt hat, und neuerdings auch durch die Zweifler am System. Angesichts der Krise des Finanzsystems und der lautstarken Kritik auf allen Kanälen lassen sich viele verunsichern, die bisher für die Marktwirtschaft eintraten – gerade in der Schweiz. Dabei ist die Kritik an den Fehlentwicklungen des Finanzsystems durchaus richtig und nötig. Verantwortliche von Banken und Versicherungen, auch in Schweizer Instituten, vertrauten seit den 1990er-Jahren fast blind der Idee effizienter Märkte und den Interventionen der US-Notenbank bei der «great moderation», dem Glätten und Inganghalten des vermeintlich stetigen Börsenaufschwungs. Sie befeuerten zuerst bis zum Millenniumwechsel eine Blase, weil sie aufgrund der Revolution des World Wide Web eine New Economy mit völlig neuen ökonomischen Gesetzen erwarteten. Und sie liessen sich danach durch die Politik der Hauseigentümerförderung in den USA dazu verführen, an Schuldner mit prekären Finanzverhältnissen Hypotheken zu vergeben und diese in immer komplexeren Konstrukten zu verbriefen. Dieser Pump-Kapitalismus, wie ihn Ralf Dahrendorf treffend schalt, war alles andere als eine freie Marktwirtschaft, und er konnte, wie allen Anhängern des Marktes klar war, nicht nachhaltig sein. Die entscheidende Bruchstelle für das Vertrauen in das System war jedoch, dass in der Finanzkrise die zwingende Verknüpfung von Entscheidungsmacht, Risiko, Belohnung und Haftung aufgehoben wurde. Nichts schadete der Glaubwürdigkeit des Liberalismus mehr als die Banken und die

Versicherungen, die «too big to fail» waren, also trotz Pleite nicht untergehen durften, was sowohl ihre Eigentümer, die Aktionäre, als auch ihre Manager vor den zwar harten, für das Funktionieren einer freien Wirtschaft aber zwingenden Konsequenzen bewahrte.

Die Kritik an den Fehlentwicklungen schiesst jedoch über das Ziel hinaus, wenn sie die Marktwirtschaft grundsätzlich in Frage stellt. Politiker, Intellektuelle und Publizisten bewirtschaften die Emotionen gegen die «Abzocker» und ihr «System», weil ihnen die liberale Ordnung mit ihrer Betonung der Freiheit, der Verantwortung, des Wettbewerbs und der dezentralen Entscheide immer suspekt war: Sie wittern die Chance, endlich für ihre interventionistischen oder paternalistischen Ideen Sukkurs zu finden. Die Bedrohung für die liberale Ordnung geht deshalb nicht mehr wie im 20. Jahrhundert von einer national-sozialistischen oder international-sozialistischen Ideologie aus, sondern von wiederbelebten «Ismen» wie Pragmatismus, Paternalismus oder Moralismus. Diese kommen massvoller und unmerklicher daher als die alten freiheitsfeindlichen Ideologien. Das macht sie aber gefährlicher, und es bringt ihnen Erfolg – erst recht, wenn sich die Krise der westlichen Wohlfahrtsstaaten weiter verschärft.

«Der keynesianische Endpunkt ist erreicht», schrieb 2010 Tony Crescenzi vom Anlagefonds Pimco. Gemeint ist damit, dass die Regierungen ihre Politik nicht mehr weiterführen können, die sie seit dem Zweiten Weltkrieg gemäss den nur halb verstandenen Lehren von John Maynard Keynes betrieben: bei der geringsten Abschwächung der Konjunktur die Nachfrage mit Interventionen des Staates und der Notenbank anzukurbeln, aber diese im Aufschwung nicht wieder zurückzufahren. Deshalb schrieben Staaten wie Deutschland, Frankreich oder Italien über Jahrzehnte fast nur Defizite. Und die Wohlfahrtsstaaten, deren Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten zumeist stark altert und schrumpft, häuften mit nicht finanzierten Leistungsversprechen für Alte und Kranke – in Sozialversicherungen nach dem Schneeballsystem, die ein stetiges Wachstum erfordern – eine implizite Verschuldung an, die ein Mehrfaches der schon untragbaren offiziellen Verschuldung ausmacht. Die USA, rechnet der Ökonom Laurence J. Kotlikoff vor, müssten deshalb den Bankrott anmelden. Und für Japan, mit der

höchsten Staatsverschuldung und der ältesten Bevölkerung der OECD-Staaten, sagen Experten «die schlimmste Schuldenkrise der Weltgeschichte» voraus.

Die Krise führt bereits jetzt zu Verteilungskämpfen zwischen Alten und Jungen, Mittelstand und Unterschichten, Staatsangestellten und Privatwirtschaft. Diese werden sich weiter verschärfen – eine Belastungsprobe für die Demokratie. In vielen Ländern gewinnen links- oder rechtspopulistische Strömungen an Einfluss; in einigen Staaten führen nicht vom Volk gewählte Technokraten die Geschäfte, weil sich keine Regierungskoalitionen mehr bilden lassen, um die aufgrund der Überschuldung nötigen Sparmassnahmen durchzusetzen. Und die meisten europäischen Politiker streben nach mehr Zentralismus oder gar Gigantismus: Sie suchen Lösungen (und finanzielle Mittel) auf der nächsthöheren Ebene, in der Hoffnung, andere nähmen ihnen die eigene Last ab.

Weil sich die Menschen im Westen seit einem halben Jahrhundert daran gewöhnt haben, dass sie der Staat in allen Lebenslagen umsorgt, stösst zudem ein vermeintlich fürsorglicher Paternalismus kaum mehr auf Widerstand. Einen grossen Sex-Appeal für Intellektuelle jeglicher Couleur hat vor allem der «libertäre Paternalismus», den Richard H. Thaler und Cass R. Sunstein (2008) in ihrem Buch «Nudge» propagieren: auf empirische Erkenntnisse der Ökonomen gestützte sanfte Lenkung hin zum «richtigen» Verhalten. In den USA prägte Sunstein als «Regulierungszar» die Gesetze von Präsident Obama, in Grossbritannien setzt die Regierung Cameron ebenfalls auf Einsichten der Verhaltensökonomie. Moralisten glauben, es gebe ein für alle gültiges moralisch richtiges und umgekehrt ein ebenso für alle gültiges falsches Handeln. Und Paternalisten meinen, es gebe ein Verhalten, das «objektiv» gut sei für die Menschen. Beide Haltungen verführen dazu, das «richtige» Verhalten in der Gesellschaft durchzusetzen, zunächst vielleicht noch mit blossen «Stupsen», früher oder später aber notfalls auch mit Zwang. Die Massnahmen reichen vom Ächten von Rauchern über das Trimmen von Fettleibigen bis hin zum Festschreiben von «gerechten» Löhnen, ob für Topmanager oder für Hilfskräfte. Gegen diese

Aushöhlung der freiheitlichen Ordnung hilft nur, die Eigenverantwortung auf allen Ebenen wieder zu stärken. Gerade für die Spitzen von Wirtschaft und Gesellschaft gilt: Nur tugendhaftes Verhalten aus freien Stücken verhindert, dass Tugendwächter «richtiges» Verhalten erzwingen.

Die Explosion der Optionen

Zu den grossen Strömungen der letzten Jahrzehnte, die – manchmal mit etwas Verspätung – jeweils in der Schweiz ankommen, zählt ohne Zweifel auch die «Multioptionsgesellschaft», wie sie Peter Gross (1994) nennt. Sie ist einerseits ein liberales Versprechen, eine Chance für Wahl, Wettbewerb und individuelle Verwirklichung mit einer Vielzahl von Optionen für Lebenspläne, Familienkonstellationen oder Sexualverhalten. Sie schafft andererseits allerdings auch ihre eigenen Gefährdungen. Aufgrund der Individualisierung, die mit der 1968er-Bewegung einsetzte, befreien sich die Menschen nicht nur von den Zwängen der Tradition, sondern zunehmend auch von jenen der Natur und der Biologie: Der Kinderwunsch lässt sich in unterschiedlichsten Lebensformen und auch im fortgeschrittenen Alter verwirklichen, die Alterung dank Schönheitschirurgie, mit Biochemie und mit Ersatzorganen hinauszögern, das Leben mittels Medizinaltechnik verlängern, der Zeitpunkt des Todes immer häufiger selber bestimmen. Die Explosion der Optionen gibt den Menschen in der hoch entwickelten Welt die Chance, ein selbstbestimmtes Leben zu führen wie nie in der Geschichte – vor allem der weiblichen Hälfte der Menschheit: Die Emanzipation der Frauen war und bleibt einer der wichtigsten Trends, und es ist eine Selbstverständlichkeit, dass Frauen und Männer in einer offenen Gesellschaft gleiche Freiheiten, Rechte und Pflichten haben. Der Bruch mit der Tradition und sogar mit der Biologie verlangt aber noch mehr Eigenverantwortung der Individuen für ihr eigenes Leben, für ihre Nächsten, für den Staat und für die Umwelt. Und er verschärft das Problem, dass eine liberale Gesellschaft die Voraussetzungen, auf denen sie beruht, also vor allem eine gemeinsame Wertebasis, nicht selber schaffen kann.

Zu den wichtigen neuen Optionen gehört auch die schier grenzenlose Mobilität. War Mobilität früher mühsam, zeitaufwändig und teuer, wird sie heute zunehmend als Menschenrecht empfunden, das man möglichst billig wahrnehmen können sollte. Ferien in Übersee, lange Fahrten und Flüge ins Wochenende, Pendeln zu stark subventionierten Tarifen – das ist die schöne neue Welt der vielen Optionen auch in Sachen Mobilität, zumindest in den reichen Ländern. In den armen Regionen der Welt drückt sich die Mobilität eher in der zunehmenden Migration aus, die längst an den Toren Europas angelangt ist.

Apokalypse oder Paradies?

Ein «besseres» Leben, gar eine Umerziehung der Menschen, fordern viele auch aufgrund der beschränkten Ressourcen der Erde. Wie die Propheten der Globalisierung haben auch jene der Apokalypse ein historisches Vorbild: Der anglikanische Pfarrer Thomas Robert Malthus stellte 1798 im «Essay on the Principle of Population» die These auf, die Menschheit müsse zwangsläufig verhungern, weil sich die Bevölkerung in geometrischer Reihe vermehre, ihre Nahrung aber nur in arithmetischer Reihe. Er stellte die Berechnungen aufgrund des Wissens seiner Zeit an – gerade als in der Landwirtschaft eine Revolution ausbrach, die in der Kombination von Privateigentum, Dünger und Maschinen zu einer Vervielfachung der Ernten und zum Ende der Hungersnöte im Westen führte.

Obwohl die Vorhersage von Malthus sich also als falsch erwies, prägt sie vom Prinzip her seit den 1960er-Jahren die Kontroverse um Ressourcenknappheit und Umweltverschmutzung. Dennis und Donella Meadows zeigten 1972 in einer Studie für den Club of Rome die «Grenzen des Wachstums» auf. Und der NASA-Forscher James Hansen warnte 1988 den US-Senat vor der menschengemachten Klimaerwärmung aufgrund des seit der Industriellen Revolution stark zunehmenden Ausstosses von CO₂. Beide Prognosen erwiesen sich als wenig zutreffend. Die Ressourcen der Erde sind zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht erschöpft, wie das Ehepaar Meadows einst hochrechnete; es gibt im Gegenteil bei vielen Rohstoffen

grössere bekannte Reserven denn je. Und die globale Temperatur stieg zwar leicht, liegt aber seit zehn Jahren sogar deutlich unter den Werten, die Hansen für den hypothetischen Fall voraussagte, dass die Menschheit ab dem Jahr 2000 kein zusätzliches CO₂ mehr erzeugen würde.

Dennoch scheint der Glaube um sich zu greifen, die Menschheit werde ohne Umkehr eine Katastrophe erleben – die Wissenschaftler passen ihre düsteren Prognosen rollend an. Der Klimarat IPCC, von der UNO beauftragt, den Forschungsstand zu sichten, gibt inzwischen trotz mancher Kontroversen unter den Wissenschaftlern präzise Werte vor, trägt diese in aktivistischer Manier in die Politik und blockt nicht zuletzt die Debatte ab, ob eine Strategie der Vermeidung oder der Anpassung vorzuziehen ist: Die Klimaerwärmung dürfe 2 Grad nicht überschreiten; an menschengemachtem CO₂ (derzeit 4% des gesamten CO₂ in der Atmosphäre) dürften nicht mehr als 565 Gigatonnen dazukommen. Das Verbrennen der heute bekannten Reserven an Öl und Gas würde aber 2795 Gigatonnen erzeugen – die Ölkonzerne, die diese Reserven fördern wollen, gelten deshalb für Umweltaktivisten als «die grössten Feinde der Menschheit». An die Vorgaben der Klimaforscher halten sich vor allem die Europäer, während sich die Inder und die Chinesen nicht einschränken lassen. Und die Amerikaner, die das Kyoto-Protokoll nicht unterzeichneten, sehen die Chance, dank der Förderung riesiger Mengen von «unkonventionellem» Gas zu einem Zehntel des Preises von Öl ihren Energiebedarf selber decken und sich sogar zum Gas-Exportland entwickeln zu können. (Als Nebenwirkung senkten die USA übrigens aufgrund des Ersatzes von Kohle durch Gas ihren CO₂-Ausstoss unter den Wert von 1990 – das im Kyoto-Protokoll angestrebte Ziel.)

Aber es gibt nicht nur Apokalyptiker, sondern auch Super-Optimisten wie Peter H. Diamandis (2012) mit seinem Buch «Abundance. The Future Is Better Than You Think». Der Space-Unternehmer setzt auf «exponentielle» Technologien, deren Potenzial der Erfinder Ray Kurzweil 2005 mit dem Buch «The Singularity Is Near» beschrieb. Es beruht vor allem auf dem «Gesetz», das Intel-Gründer Gordon Moore 1965 formulierte: Die Zahl der Transistoren auf einem Chip lässt sich alle 18 Monate verdoppeln. Wenn

«Moore's Law» weiter gälte, wogegen wie bei allen Projektionen einiges spricht, würde ein Laptop für tausend Dollar in 15 Jahren dieselbe «Denkleistung» wie ein menschliches Gehirn und in weiteren 23 Jahren dieselbe wie die ganze Menschheit schaffen. Mit den Technologien, die auf dieser beschleunigten Rechenleistung beruhen – Internet der «intelligenten» Geräte, Robotik, Nanotechnologie, synthetische Biologie oder künstliche Intelligenz –, lässt sich nach Meinung von Diamandis die Welt zum Besseren verändern. Milliarden von ärmsten Menschen liessen sich nach seiner Ansicht kostengünstig mit Trinkwasser, Nahrung, Energie, Medizin und Bildung versorgen. «Bald können wir die Bedürfnisse jedes Mannes, jeder Frau und jedes Kindes auf dem Planeten befriedigen, über das Lebensnotwendige hinaus», behauptet Diamandis. «Der Überfluss für alle ist zum Greifen nah.»

Apokalypse oder Paradies auf Erden? Die Frage muss offen bleiben. Aber die Euphorie der Überflusstopisten ist sicher nicht besser fundiert als die Panik der Untergangspropheten. Im Alltag bleibt Nüchternheit gemäss den Prinzipien der Ökonomie angesagt: Fast nichts im Leben bewegt sich immer nur in eine Richtung. Und auch wer die Welt retten will, muss mit Opportunitätskosten rechnen, also abschätzen, was sich mit den Ressourcen sonst erreichen liesse.

03

Liberales Arbeitsmärkte trotz protektionistischer Versuchungen

Patrik Schellenbauer

Abstract

Liberales Arbeitsmärkte sind überlegen

Herausforderung: Schwindende Flexibilität des Arbeitsmarktes

Ideen für morgen

Altersneutrale BVG-Beiträge zur Förderung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer

Verzicht auf spezifische Standortförderung

Ideen für übermorgen

Freiwillige Abgabe bei Neueinstellungen aus dem Ausland

Abstract Liberales Arbeitsmärkte trotz protektionistischer Versuchungen

Der flexible Arbeitsmarkt gehört zu den wichtigsten Standortvorteilen der Schweiz. Ihm verdankt sie die tiefe Arbeitslosigkeit und die hohe Erwerbspartizipation. In letzter Zeit ist die Sockelarbeitslosigkeit allerdings stark gestiegen. Ein Grund dafür ist das Vordringen von Gesamtarbeitsverträgen, die mittels Mindestlöhnen und branchenweiten Lohnanpassungen die individuelle Lohnbildung aushöhlen. Da die Schweiz nicht dauerhaft von Zuwanderung im grossen Stil wird profitieren können, sollte das Potenzial der Frauen und der älteren Menschen besser genutzt werden. Die Möglichkeit, junge Ausländer schnell und günstig zu rekrutieren, behindert die dazu notwendigen Anpassungen. Um den Zuwanderungsdruck zu dämpfen, sollte auf gezielte Standortförderung und die

Begünstigung von Neuansiedlungen verzichtet werden. Daneben könnte eine Selbstregulierung in Form einer freiwilligen Abgabe bei Einstellungen ausländischer Arbeitskräfte geprüft werden.

Abstract Un marché du travail libéral malgré des tentations protectionnistes

L'un des principaux avantages de la Suisse est son marché du travail flexible. C'est grâce à celui-ci que le chômage est bas et la participation au marché du travail élevée. Ces derniers temps, le chômage incompressible a toutefois subi une croissance certaine, et l'une des raisons est la progression des conventions collectives de travail qui, au moyen de salaires minimums et d'adaptations de salaires sectorielles, nuisent à leur fixation individuelle. Étant donné que la Suisse ne pourra pas profiter durablement de l'immigration sur une grande échelle, le potentiel des femmes et des personnes d'un certain âge devrait être mieux utilisé. La possibilité de recruter rapidement et avantageusement de jeunes étrangers empêche de procéder aux adaptations nécessaires à cet effet. Afin de réduire la pression migratoire, il conviendrait de renoncer à la promotion économique ciblée et au traitement de faveur des nouvelles implantations de sociétés étrangères. En outre, une autorégulation sous forme de taxe facultative en cas d'engagement de main-d'œuvre étrangère pourrait être examinée.

Abstract Mercato del lavoro liberale nonostante i tentativi protezionisti

Un mercato del lavoro flessibile è certamente uno dei vantaggi competitivi più importanti della Svizzera. Grazie ad esso possiamo vantare una bassa disoccupazione e un'alta partecipazione al lavoro. Negli ultimi tempi però la disoccupazione di base è fortemente cresciuta. Uno dei motivi è l'avanzata dei contratti collettivi, che attraverso salari minimi e aggiustamenti retributivi settoriali portano all'erosione del concetto stesso di salario individuale. Visto che la Svizzera non potrà approfittare in eterno della copiosa immigrazione, bisognerebbe sfruttare maggiormente il potenziale delle donne e dei lavoratori anziani. La possibilità di reclutare giovani stranieri in modo rapido e conveniente va però a limitare i dovuti passi in questa direzione. Per attutire la pressione migratoria occorre rinunciare ad una promozione mirata della piazza economica e

all'agevolazione di nuovi insediamenti di società straniere. Inoltre si potrebbe anche pensare ad una autoregolamentazione in forma di contributo volontario da parte dei datori di lavoro che assumono lavoratori esteri.

Abstract Liberal labour markets despite the temptations of protectionism

Switzerland's flexible labour market is one of its key advantages as a place to do business. It is the reason behind the country's low unemployment and high labour-market participation. Recently, however, hard-core unemployment has risen sharply. One reason has been the rise of collective bargaining agreements that are undermining individual wage-setting with minimum wages and sector-wide wage adjustments. As Switzerland will not be able to derive major benefits from immigration in the long term, better use needs to be made of the potential of women and older people. The ability to recruit young foreigners quickly and cheaply is getting in the way of the changes needed to achieve this. To ease immigration pressure, the targeted promotion of Switzerland as a business location and preferential treatment for companies looking to relocate should be avoided. In addition, self-regulation in the form of a voluntary levy when taking on foreign workers could also be investigated.

Liberales Arbeitsmärkte sind überlegen

Während sich die Beschäftigungslage in vielen EU-Ländern weiter verschärft und in dem von der Eurokrise gebeutelten Südeuropa geradezu dramatische Ausmasse annimmt, kämpft die Schweiz mit einem Luxusproblem. Hierzulande fehlt es an Arbeitskräften, zwar nicht quer durch alle Berufe, Branchen und Qualifikationen, aber doch in vielen wesentlichen Segmenten des Arbeitsmarktes. Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz lag traditionell schon immer tief. Mit einer Quote der registrierten Arbeitslosen von 2,9% (Oktober 2012) befindet sie sich auch heute weit unter den Werten der meisten OECD-Länder. Noch aussagekräftiger ist die Erwerbslosenquote, die – im Unterschied zur Arbeitslosenquote – auch Stellensuchende mit einschliesst, die nicht als arbeitslos eingeschrieben sind.¹ Im zweiten Quartal 2012 betrug die Erwerbslosenquote 3,7%, was das günstige Urteil nur

unwesentlich relativiert (SECO 2012a). Konjunkturrell betrachtet signalisieren nämlich beide Kennwerte nach anerkannten ökonomischen Kriterien praktisch Vollbeschäftigung, denn sie liegen unter der jeweiligen (strukturell bedingten) Sockelarbeitslosigkeit. Gemessen an der Quote der registrierten Arbeitslosen berechnete die OECD diesen Sockel (die «NAIRU») für die Schweiz für das Jahr 2008 auf 3,5% (OECD 2009a).² Für Deutschland betrug der entsprechende Wert 8,5%. Anders gesagt: Der Anteil der Menschen, die «unter normalen Umständen» keine Stelle finden, weil sie keine oder veraltete Qualifikationen haben, immobil oder demotiviert sind, ist in der Schweiz verhältnismässig tief. Dies zeigt sich ebenso am tiefen Anteil der Langzeitarbeitslosen.

¹ Die Erwerbslosigkeit wird durch die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE) gemäss den Richtlinien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) erhoben und umfasst Personen, die in dem der Erhebung vorausgegangenen Monat eine Arbeit suchten und für einen Stellenantritt verfügbar sind.

² Die OECD misst die Sockelarbeitslosigkeit mittels der sogenannten *NAIRU: Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment*. Die NAIRU beschreibt die Schwelle zwischen einer Arbeitslosenquote, die auf Funktionsstörungen des Arbeitsmarktes zurückgeht, und einem darüber hinausgehenden (oder sie unterschreitenden) konjunkturellen Anteil.

Die niedrige Arbeitslosigkeit wird begleitet von einer ausserordentlich hohen Beteiligung der Bevölkerung am Arbeitsmarkt. Die Erwerbstätigenquote, die den Anteil der Beschäftigten an der arbeitsfähigen Bevölkerung (15–64 Jahre) misst, lag 2011 bei knapp 80%. Dieser Wert wird nur in Island übertroffen. In Kombination belegen die beiden Indikatoren eindrücklich die Leistungsfähigkeit des Schweizer Arbeitsmarktes. Die hohe Lebensqualität der Schweiz dürfte zu weiten Teilen diesem Umstand zu verdanken sein, denn für die meisten Menschen ist der Lohn aus der eigenen Arbeit die mit Abstand wichtigste Einkommensquelle. Anhaltende Arbeitslosigkeit hingegen geht meist mit einem ökonomischen und sozialen Abstieg einher. Sie ist wohl eine der wichtigsten Ursachen für die Malaise der westlichen Mittelschichten.

Diese erfreuliche Situation hat allerdings eine Kehrseite. Die schon jetzt hohe Partizipation bedeutet, dass zusätzliche einheimische Arbeitskräfte nur

noch schwierig zu rekrutieren sind und dass das inländische Arbeitsangebot kaum noch auf steigende Löhne reagiert; es ist – mindestens kurzfristig – preislich unelastisch geworden. Die Freisetzung weiterer Potenziale (vor allem ältere Arbeitnehmer und Frauen) ist nur über strukturelle Veränderungen und Reformen möglich. Der Arbeitskräftemangel entfaltet unter dem Regime der Personenfreizügigkeit einen Sog, der als Hauptursache für die anhaltende Migration in die Schweiz gelten muss. Die «Neuen Zuwanderer» ergänzen primär den helvetischen Arbeitsmarkt und überwinden Flaschenhälse; Verdrängungseffekte blieben dagegen bisher – von Ausnahmen abgesehen – eine Randerscheinung (Bundesrat 2012a; SECO 2012b).

Auf den kürzesten Nenner gebracht lautet das Erfolgsrezept: Offenheit des Arbeitsmarktes und freies Spiel der Marktkräfte. Dazu gehört auch, dass die Wochenarbeitszeiten in der Schweiz nicht per Gesetz künstlich gesenkt wurden. Trotzdem sind sie – den Präferenzen der Arbeitnehmer folgend – laufend zurückgegangen. Frankreich hat dagegen mit der interventionistischen Arbeitszeitpolitik der 90er-Jahre leidvolle Erfahrungen gemacht. Statt durch die erhoffte breitere «Verteilung der Arbeit» neue Jobs zu schaffen, hat man schon gefährdete endgültig zerstört. Trotz (oder gerade wegen) dieser Flexibilität ist die Verteilung der Schweizer Löhne weniger ungleich als im Ausland, vorab im Vergleich mit den Ländern, die stark in ihre Arbeitsmärkte eingreifen. Auch das helvetische Lohnniveau sucht im internationalen Vergleich seinesgleichen. Im Unterschied zu den meisten Ländern hat der Anteil der Lohnsumme am Bruttoinlandprodukt (BIP) hierzulande nicht abgenommen und liegt seit langem um 60%. Insgesamt erweist sich der flexible Arbeitsmarkt als wichtiger Vorteil für die Schweiz, sowohl für die Arbeitnehmer als auch als Standortfaktor im globalen Wettbewerb. Auf der Rangliste der wettbewerbsfähigsten Nationen des World Economic Forum (WEF) 2012/13 rangiert der Schweizer Arbeitsmarkt punkto Effizienz und Flexibilität weltweit an erster Stelle (WEF 2012: 338). Spitzennoten erhielt die Schweiz in zwei weiteren Unterbereichen: der Absenz eines weitreichenden Kündigungsschutzes sowie der Kooperation

der Sozialpartner. Lediglich im obersten Viertel liegt sie hingegen bei der Flexibilität der Lohnbildung.

Die breite Öffentlichkeit nimmt die überragende Bedeutung eines effizienten, offenen Arbeitsmarktes leider viel zu wenig wahr. Die letzten Jahre waren zunehmend von Verteilungsdebatten geprägt. Das Hauptanliegen muss deshalb sein, die liberalen Verhältnisse zu verteidigen und zu erhalten.

Herausforderung: Schwindende Flexibilität des Arbeitsmarktes

Aushöhlung der dezentralen Lohnbildung: Die Skepsis gegenüber den Auswirkungen von offenen Grenzen und der Globalisierung im Allgemeinen ist nirgendwo grösser als im Bereich des Arbeitsmarktes. Ängste vor der Auslagerung von Arbeitsplätzen, vor «Dumpinglöhnen» und der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen haben die Globalisierung von Anfang an begleitet (Flückiger und Schwab 2011: 69). Die Schweiz als stark in die Weltwirtschaft integriertes Land ist davon in besonderem Mass betroffen. Dass die liberale Ordnung des Arbeitsmarktes bisher noch halbwegs erhalten blieb, ist gleichzeitig erstaunlich und erfreulich – und zeugt von Weitsicht und Besonnenheit.

Sorglosigkeit und Selbstzufriedenheit sind dennoch fehl am Platz. Der vergleichsweise günstige Zustand des Schweizer Arbeitsmarktes entspringt keineswegs einem Naturgesetz. Er ist im Wesentlichen die Folge davon, dass die Schweiz den Arbeitsmarkt bisher zurückhaltend regulierte und mit der Berufslehre eine Ausbildungsform besitzt, die ausgesprochen gut mit den Bedürfnissen der Unternehmen verzahnt ist. Ein wenig ausgebauter Kündigungsschutz und eine dezentrale, an der individuellen und betrieblichen Produktivität ausgerichtete Lohnbildung bilden die Eckpfeiler eines effizienten Arbeitsmarktes. Von dieser Flexibilität profitieren junge Menschen besonders, denn die Qualifikationen, die das Bildungssystem hervorbringt, decken sich nur teilweise mit der Nachfrage des Arbeitsmarktes. Dies betrifft sowohl die berufliche als auch die akademische